

## **Antrag**

**des Abg. Nicolas Fink u. a. SPD**

### **Auswirkungen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts zur amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten sowie des Entgelts der Tarifbeschäftigten in Baden-Württemberg**

Der Landtag wolle beschließen,  
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Auswirkungen der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) vom 17. November 2025 zur Beamtenbesoldung in Berlin für die Besoldung von Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg hat;
2. welche Auswirkungen der Beschluss des BVerfG vom 17. November 2025 für die Tarifbeschäftigten in Baden-Württemberg bedeutet;
3. welche Mittel im aktuellen Haushalt unter welchem Titel für die in Ziffer 1 dargestellten Auswirkungen des Beschlusses des BVerfG zur Verfügung stehen;
4. welche Mittel im aktuellen Haushalt unter welchem Titel für die in Ziffer 2 dargestellten Auswirkungen des Beschlusses des BVerfG zur Verfügung stehen;
5. bis wann sie die gegebenenfalls erforderlichen Anpassung unter Maßgabe des Beschlusses des BVerfG umsetzen wird;
6. ob sie weiter am aktuellen Widerspruchsverfahren bei Zweifeln an der amtsangemessenen Alimentation festhält und wie sie dies entsprechend begründet.

20.11.2025

Fink, Cuny, Rivoir, Weber, Röderer SPD

#### **Begründung**

Der Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 17. November 2025 zur Besoldung von Berliner Landesbeamten besitzt in seiner Breite Grundsatzcharakter. Die Auswirkungen daraus sind maßgeblich für die Verfassungskonformität der Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Baden-Württemberg. Das Land sollte schnellstmöglich eine verfassungskonforme Alimentation herstellen und den Beamtinnen und Beamten wieder als vertrauenswürdiger Dienstherr begegnen.